



Amtsgericht Essen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Mittwoch, 21.10.2026, 09:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal 293, Zweigertstr. 52, 45130 Essen**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Bergerhausen, Blatt 2658,
BV lfd. Nr. 1**

19.983/1.000.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung
Bergerhausen, Flur 11, Flurstück 52, Hof- und Gebäudefläche, Am Krausen
Bäumchen 4-30 / Adelgrundenweg 2-18, Größe: 9.609 m²
verbunden mit dem Sondereigentum Nr. 14 des Aufteilungsplanes.

versteigert werden.

Lt. Gutachten befindet sich im Erdgeschoss im Haus Nr. 20 und ist über einen
separaten Hauseingang erschlossen. Es handelt es sich um eine 49 m²
Erdgeschosswohnung bestehend aus Wohn-Essraum, Küche, Schlafzimmer, Bad,
Diele sowie dem Kellerraum Nr. 14 und 3 Abstellräumen im ehemaligen Stall. BJ:
1927.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 07.08.2025
eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

109.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.